

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 7. Ratssitzung vom 27. Juni 2018

183. **2017/214**  
**Interpellation von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 28.06.2017:**  
**Festlegungen im Gebiet des Masterplans Hochschule, Auflistung der notwendigen verwaltungsrechtlichen Vereinbarungen sowie möglicher Einbezug des Gemeinderats**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1070 vom 20. Dezember 2017).

**Gabriele Kisker (Grüne)** nimmt Stellung: *Die Stadt kann sich nicht aus der Verantwortung ziehen und hinter geschlossenen Türen einfach mitmischen. Die Stadt kann sich nicht einfach auf die Quadratmeterwünsche der drei grossen Playern stützen und sich hinter dem Kanton verstecken. Es wird ein Stück Stadt gebaut. Ein Hochschulgebiet, auf dem die Kranken in der schlechten Luft gesund werden müssen. Es sollen Bebauungskonzepte realisiert werden, die die Durchlüftung verhindern. Ein Grünraumkonzept steht an, das wegen massiver Unterbauung unmöglich wird. Dann gibt es noch eine Sternwartstrasse und eine neue Bahnhofstrasse am Hang, die sinnvoll unsinnig angebunden ist. Um das zu verhindern, muss die Stadt in allen Verhandlungsprozessen agieren und nicht lediglich reagieren. In der Interpellationsantwort ist die Rede von Dienstbarkeiten und Unterhaltskosten sowie von Landverkäufen. Das sind Handlungsräume. Doch wir fragen uns, inwieweit das wirklich als Handlungsraum gesehen wird? In Sachen Bewohnungsrückführung ist noch nichts passiert. Transparenz wäre hier erwünscht. Eine Abspeisung mit einem Weissbuch, das quasi elegant aufgemacht, als weichgewaschene Verkaufsbroschüre daherkommt, genügt uns nicht. Wir fordern die Stadt auf, ihre Verantwortung wahrzunehmen, Transparenz zu schaffen und erwarten mehr Engagement für eine gesunde und intelligente Stadtentwicklung.*

Weitere Wortmeldungen:

**Markus Knauss (Grüne):** *Die Situation ist die, dass der Stadtrat und der Regierungsrat sehr viel untereinander ausmachen. Die Rolle des Gemeinderats wäre eigentlich, sich an Informationsveranstaltungen informieren zu lassen. Wir haben aber gewisse Zweifel, ob der Stadtrat wirklich gegenüber dem Regierungsrat so durchsetzungsfähig ist, wie wir uns das wünschen. Vielleicht ist er auch in einer schwierigen Lage. Weil die Wahrnehmung so ist, wie sie ist, übernehmen im Bereich Hochschulquartier andere Player die Rolle, die eigentlich dem Stadtrat zukommen müsste. Beispielsweise das Baurekursgericht, das darüber geurteilt hat, wer grundsätzlich die Gestaltungspläne verabschiedet und wer nicht. Der Kantonsrat wollte keine privaten Gestaltungspläne, obwohl die unbestrittene Meinung aller Gemeinderäte war, dass wir über die Gestaltungspläne mitreden können und wollen. Das Baurekursgericht hat daraufhin*

entschieden, dass es ohne revidierte BZO keine kantonalen Gestaltungspläne gibt. Es hätte aber eine Möglichkeit gegeben. Wenn das gleiche Gremium, das für die BZO und die Gestaltungspläne zuständig gewesen wäre, also der Gemeinderat, einbezogen worden wäre. Der Kantonsrat wollte das nicht und ist deshalb nun mit einem Zeitverlust von zwei Jahren bestraft worden. Auch in punkto stadträumliche Gestaltung waren wir erstaunt, dass man erst die Gestaltungspläne vorantreibt und erst danach ein Konzept für stadträtliche Planung ausarbeitet. Das hat uns als Verkehrskommission gerade in der Frage der Baulinien sehr stark beschäftigt. Wir waren der Meinung, man müsste mit einer Motion die Mitbestimmung des Parlaments stärken. Auch hier geht es nicht so schnell, wie sich das der Kanton vorgestellt hat. Ein anderes Defizit ist die Gloriosastrasse. Der Stadtrat fand in einem Einspracheverfahren, dass Tempo 30 an der Gloriosastrasse nicht in Frage kommt. Mittlerweile wurde er aber diesbezüglich vom Regierungsrat überholt. Wenn man die Strasse komplett neu gestaltet und auf dem neugestalteten Strassenstück von 300 Metern vier Fussgängerstreifen platziert, muss man hier Tempo-30 einführen. Also muss man sich wahrscheinlich ein neues Gestaltungs- und Betriebskonzept überlegen. Dank der Interpellation wissen wir, dass der Gemeinderat sehr oft und dezidiert Einsprache gehalten hat. Immerhin kann er nun in vier Punkten mitreden. An der Baulinie und der BZO sind wir bereits dran. Bei der Landabtretung bei der Sternwartstrasse werden wir mitdiskutieren und bei dem Strassenprojekt Gloriosastrasse mitentscheiden können. Vier Vorlagen sind besser als gar nichts und der Gemeinderat ist durchaus fähig, hier seine Verantwortung wahrzunehmen.

**Simon Kälin-Werth (Grüne):** Es geht hier um eine Planung in einem Gebiet, das das Stadtbild voraussichtlich über mindestens 100 Jahre gravierend prägen wird. Wir können unsere demokratischen Rechte als Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu fast jedem Thema wahrnehmen. Doch gerade bei einem solchen Projekt, das so massgebend das Stadtbild prägt, können wir uns nicht an der Urne dazu äussern. Das ist ein Demokratiedefizit. Während die grossen Player ihre Visionen im Hochschulgebiet ausleben, kann der betroffene Bürger gar nichts dazu sagen. Er kann nur den Rechtsweg bestreiten. Das Vorgehen ist nicht nur unklug, es ist auch eine mangelnde Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Da hätte der Kantonsrat die Weichen anders stellen müssen. Die Frage ist jetzt, wie wir das ausbügeln können. Der Gemeinderat kann am Rand mitreden. Vor Ort bedeutet das beispielsweise auf dem einst so tollen Spitalpark des Universitätsspitals diverse Bauinstallationsplätze, die für das nächste Jahrzehnt dort bleiben werden. Man steht dort vor einer Mauer und muss, so wie die Velofahrer auch, über die unschöne Parkfläche vor dem Universitätsspital ausweichen. Dort ist nun der ganze Velo- und Fussverkehr, das kann kein Zustand sein. Ich würde mir wünschen, dass wir das demokratische Mitspracherecht der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt wahren können.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

**STR André Odermatt:** Wir haben eine ETH, eine Uni und ein Unispital. All diese Institutionen werden von vielen Leuten besucht und gehören zu Zürich. Sie haben aber einen grossen Erneuerungsbedarf, damit sie in Zukunft bestehen können. Wenn man in Bezug auf den Park nichts macht und nichts plant, wird der Park sowieso mit Provisorien

3 / 3

*verstellt. Der Gemeinderat steht hier in der Verantwortung, einen Weg zu suchen, um den drei Institutionen auch eine Zukunft zu ermöglichen. Dem Stadtrat war ein Mitagieren von Anfang an immer wichtig. Man muss sich fragen, ob man ein Teil der Sache wird oder nebendran steht. Für den Stadtrat ist klar, das man mitmacht und das Beste dabei herausholt. Städtebaulich kann man lange diskutieren. Wir sind jetzt auf einem guten Weg mit der Reduktion von Volumen und mit gewissen Verlagerungen, die man weiterdiskutiert. Mit der ETH haben wir einen Vertrag, der im Moment auf der Zeitachse übererfüllt ist. In Sachen Wohnraumrückführung sind wir mit der Uni daran, den Vertrag abzuschliessen, der aber erst wirksam wird. Wenn die Bauprojekte die nötige Entlastung bringen, wird eingefordert, dass die Uni die Liegenschaften freigibt. Das Weissbuch wird jetzt ein wenig als Weisswäsche dargestellt, das ist mitnichten so. Es ist eine verbindliche Grundlage, wie die Planungen vorangehen. Dies hat der Gemeinderat auch in der Beratung der Baulinie festgestellt. Wir haben uns Gedanken dazu gemacht, wie man alle zusammen in ein Projekt einbindet. Eine Art Private mit den Institutionen, mit dem Kanton und der Stadt. Es stehen alle miteinander in der Verantwortung und alle haben zusammen das Weissbuch auch unterzeichnet. Es ist ein grosses Projekt, das die richtige Transparenz benötigt, die aber gewährleistet wird. Man lässt sich auf die Diskussionen ein. Man muss dort ansetzen, wo man auch etwas machen kann und dort kann der Gemeinderat durchaus noch etwas beitragen.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat